



München, September 2005

aufruf\_konf\_06\_05

## **Aufruf**

zur Unterstützung der Internationalen Friedenskonferenz

### **„Frieden und Gerechtigkeit gestalten - Nein zum Krieg“**

**Internationale öffentliche Gegenveranstaltung zur „Sicherheits“- Konferenz  
in München vom 3.2. – 5.2. 2006**

Auch in diesem Jahr treffen sich Politiker, Vertreter des Militärs und der Rüstungsindustrie wieder in München zur „Internationalen Konferenz für Sicherheitspolitik“. Es wird, wie in den letzten Jahren, vermutlich wieder ein „Sicherheits“- Konzept vorgestellt, das auf Androhung und letztlich auch auf Anwendung von militärischer Gewalt beruht. Diese „Sicherheits“- Konzepte können – wie die Kriege gegen Serbien/Montenegro, Afghanistan und Irak gezeigt haben – die Sicherheit der Menschen nicht gewährleisten. Die Berichte aus den genannten Ländern belegen dies.

Die Militarisierung der europäischen Außenpolitik, wie sie in der EU-Verfassung festgeschrieben werden sollte, entspricht ganz der Logik dieses „Sicherheits“- Konzeptes. Eine solche Politik birgt die Gefahr, dass es beim Kampf um Interessenssphären und Ressourcen zu einem verschärften Rüstungswettlauf – selbst mit dem NATO-Partner USA – kommen wird. Die Friedensbewegung nimmt die „Sicherheits“- Konferenz zum Anlass, gegen Krieg und Kriegsvorbereitung zu protestieren und eine Sicherheitspolitik einzufordern, die sich nicht mehr über militärisches Planen und Handeln definiert.

Unsere öffentliche Friedenskonferenz mit internationaler Beteiligung soll die Kritik an der bestehenden Kriegspolitik ausdrücken und Konzepte für Frieden, Abrüstung und Konfliktbearbeitung öffentlichkeitswirksam vorstellen. Sie soll zeigen, dass Krieg Probleme immer nur verschärft und auch die Gefahren durch den „internationalen Terrorismus“ erhöht, wie uns die jüngste Vergangenheit drastisch vor Augen geführt hat.

Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung und friedliche Entwicklung sind vorhanden. Die für zivile Konfliktbearbeitung bereitgestellten Mittel decken allerdings nicht annähernd den nötigen Bedarf.

Frieden und Sicherheit erwachsen aus Interessensausgleich und Gerechtigkeit. Der Einsatz für politische und soziale Gerechtigkeit sowie für die Erhaltung der Umwelt ist natürlicher Bestandteil der Friedensarbeit.

Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen zur „Internationalen Friedenskonferenz“ der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass ein großes Interesse besteht, sich mit Chancen und Möglichkeiten einer kooperativen Politik auseinanderzusetzen und Alternativen zu einer auf Machtstreben und Gewalt basierenden Politik kennen zu lernen.

Die öffentliche Gegenkonferenz soll der Entwicklung einer anderen politischen Kultur und deshalb auch der Vernetzung der internationalen Friedens- und Sozialbewegungen dienen.



b.w.